

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 R. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postkontonummer Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R.,
unter Eingangs 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpfannen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präsesepischen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 30

Sonntag, 6. Februar

1921

Neue Geschenkwürfe.

(St.-K.) Das Schatzministerium hat in der Sitzung vom 4. Februar 1921 beschlossene, folgende Geschenkwürfe dem Landtage vorzulegen:

1. die Nachträge zu dem ordentlichen und dem außerordentlichen Staatshaushaltsplan, sowie den Entwurf eines Gesetzes über einen weiteren Nachtrag zu dem Finanzgesetz für das Rechnungsjahr 1920,
2. den Nachtrag zum Haushaltsplan des Staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf das Rechnungsjahr 1920, sowie den Gesetzentwurf über einen Nachtrag zu dem Gesetz über diesen Haushaltsplan und die Aufnahme einer Staatsanleihe für das Unternehmen,
3. den Gesetzentwurf über das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften,
4. den Gesetzentwurf über die Änderung der Pfandleihergebühren,
5. den Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes vom 12. Mai 1900 in der Fassung vom 12. April 1916 über die Entschädigung für an Schrein-Werkstättenverletzungen bez. an Schrein-Entladung umgehandelte Pferde und für an Maul- und Klauenseuche gefallene Rindvieh,
6. den Gesetzentwurf, eine Abänderung des Gesetzes über die Befolgung der Staatsbeamten und Lehrer vom 21. Mai 1920 betreffend.

Genehmigung der Kreditvorlage im Haushaltsausschuß A.

Der Landtag hatte in der Sitzung vom 28. Januar d. J. die §§ 1 und 2 der Vorlage C unter der Bezeichnung: „Gesetz über die Erhöhung der Grundsteuer für das Jahr 1920“ angenommen und den § 3, durch den das Finanzministerium ermächtigt werden soll, zur vorübergehenden Befreiung der Betriebsmittel der Finanzhauptkassen nach Bedarf weitere unverzinsliche Schapanweisungen im Höchstbetrage von 500 Mill. M. auszugeben, zur besonderen Verwaltung und Beschlußfassung abgetrennt. Der Haushaltsausschuß A schlägt nunmehr dem Plenum vor, auch diesen Teil der Vorlage anzunehmen.

Der internationale Steuervergleich

Paris, 4. Februar. Havas veröffentlicht mehrere Nachrichten zum Verichte der Sachverständigen der Brüsseler Konferenz. Der Anhang enthält einen Vergleich der Steuerlasten in Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien. Es sei unmöglich, einen einheitlich durchgeführten Vergleich aufzustellen. Aber den Sachverständigen sei es durch die Gegenüberstellung einer Reihe von Beobachtungen möglich gewesen, sich ein deutliches Bild zu machen. Bei einer angenommenen Bevölkerung von 50,5 Millionen für Deutschland, 31,6 Millionen für Frankreich, 37 (?) für Italien und 46,5 Millionen für Großbritannien betragen die Steuern und Auflagen jeder Art, regelmäßige wie außergewöhnliche oder ausgenommen die örtlichen Auflagen: in Deutschland 38 696 Mill. M., in Frankreich 15 471 Mill. Fr., in Italien 7400 Mill. Lire und in England 1085 Mill. Pf. Sterl., das seien auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet für Deutschland 699 M., für Frankreich 390 Fr., für Italien 200 Lire und für England ... (die Ziffer ist ausgeblieben). Die Gesamtausgaben betragen in Deutschland 111 200 Mill. M., in Frankreich 47 932 Mill. Fr., in Italien 26 432 Mill. Lire und in England 1167 Mill. Pf. Sterl., oder auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet 1808 M., 1210 Fr., 714 Lire und 25 Pf. Sterl. Die innere Schuld beträgt in Deutschland 267 Milliarden M., in Frankreich 112 Milliarden Fr., in Italien 77 Milliarden Lire und in Großbritannien einschließlich Irland 793 Mill. Pf. Sterl. Die auswärtige Schuld beträgt in Deutschland 2500 Mill. M., in Frankreich 83 772 Mill. Fr., in Italien 118 450 Mill. Lire und in England 165 Mill. Pf. Sterl.

Hierzu schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Diese nationalischen Vergleiche kommen nicht zum erstenmal, sie sind zu Propagandazwecken gemacht und bedeuten eine streupellose Verwendung von Zahlen im Dienst einer politischen Absicht. Die großen Bedenken, die gegen betragte

Deutsch-niederländische Verhandlungen.

Ein Kreditvertrag.

Amsterdam, 5. Februar. Die zwischen deutschen Delegierten und Vertretern der niederländischen Regierung geführten Besprechungen über die Ausführung eines deutsch-niederländischen Kreditvertrages nahmen einen befriedigenden Verlauf. Es ist damit zu rechnen, daß noch vor Ende Februar mit der Ausführung des Vertrages begonnen wird und dann die ersten Kreditanfragen Deutschlands in Behandlung genommen werden können.

Die Frage der Kohlenlieferungen.

Paris, 5. Februar. Bertinog sagt in einem gestrigen Artikel des „Echo de Paris“: Wieland habe in der gestrigen Kammerdebatte gesagt, die endgültigen Festlegungen über die ferneren deutschen Kohlenlieferungen würden aus Anlaß der Londoner Konferenz erfolgen. Es frage sich jetzt, ob das Programm der deutschen Kohlenlieferungen wiederum im Interesse Englands festgesetzt werden soll.

Ministerkrisis in Griechenland.

Paris, 5. Februar. „Leit Parisien“ gibt eine Meldung aus Athen wieder, wonach das Ministerium Kallias sein Entlassungsgesuch eingereicht hat. Die Ministerkrisis soll darauf zurückzuführen sein, daß Gannaris an der Delegation zur Orientkonferenz in London teilnehmen wollte.

Verhaftung von Pariser Kommunisten.

Paris, 5. Februar. Die Polizei hat nach einer Havasmeldung eine Anzahl kommunistischer

Statistiken vorliegen, sind so häufig angeführt worden, daß ihre Wiederholung überflüssig wäre, wenn nicht die Zahlenjonglerie der Verbündeten immer wieder dieselben Fehler machen. In jedem Elementarbuch der Finanzwissenschaft ist zu lesen, daß Vergleiche der Pro-Kopf-Belastung beim heutigen Stand der Statistik unmöglich, daher außerordentlich gefährlich sind. Wie kann man die französischen der deutschen Steuerbelastung gegenüberstellen, wenn man das Realeinkommen in beiden Ländern nicht kennt! 100 Franken Steuer auf 1000 Franken Einkommen stellen z. B. heute eine viel geringere Belastung dar als 100 M. auf 1000 M. Einkommen. Übrigens ist in der Meldung selbst angegeben, daß die „örtlichen Auflagen“ nicht berücksichtigt seien. Diese sind aber gerade in Deutschland sehr hoch, weil unsere Kommunen einen viel größeren Aufgabenteil haben als die des zentralistisch regierten Frankreich.

Beseitigung der Stotung der Kohlennot.

(W. M.) In der Versorgung der Feuerstätten mit Kohlen war eine vorübergehende Störung entstanden. Infolge der Vorkellungen des sächsischen Wirtschaftsministeriums beim Reichskohlenkommissar ist sie jetzt behoben worden. Die Brennereibesitzer können sich wegen des Bezuges von Kohlen an den Kommunalverband wenden, die Kohlen werden ihnen durch die örtlichen Kohlenstellen zugewiesen werden.

Anerkennung Estlands und Lettlands durch Schweden.

Stockholm, 5. Februar. Die schwedische Regierung hat die Republiken Estland und Lettland als selbständige und unabhängige Staaten anerkannt.

Herabsetzung der englischen Wehlpreise.

London, 5. Februar. Die Regierung hat eine neue Herabsetzung der Wehlpreise um 1 Schilling für den Sack angeordnet. Seit November ist der Wehlpreis um mindestens 12 Schilling für den Sack vermindert worden. Man erwartet

Wahrscheinlich unparitätischen und bolschewistischen Inhalt, die sich an die Rekruten der Jahresklasse 1921 wandten, erfermt und mehrere Personen, welche die Zettel angekauft hatten, verhaftet. Ebenso wurden einige Leute in Haft genommen, die Flugblätter des Bundes der kommunistischen und sozialistischen Jugend verteilt hatten. Wie die Morgenblätter melden, bauern die Hausfuchungen der Kommunisten fort. Es sollen gestern auch noch einige Verhaftungen in Paris und in der Provinz vorgenommen worden sein.

Die Verhandlungen zwischen Konstantinopel und Angora.

Konstantinopel, 5. Februar. (Havas.) Ein höherer türkischer Beamter erklärte, die Konstantinopler Regierung mache alle Anstrengungen, um die Nationalisten zu einer klaren Auffassung der Lage zu bringen. Diese klugen Maßschläge schienen jedoch verfehlt zu werden. Wahrscheinlich werde eine Einigung zwischen Konstantinopel und Angora nicht möglich sein. Ebenso dürfte eine aus Vertretern von Angora und Konstantinopel gebildete Abordnung nicht zustande kommen. Die ganze Verantwortung liege auf Kemal Pascha und die übrigen nationalen Führer. Die Verhandlungen würden fortgesetzt. Der Ministerrat läßt eine Note ausarbeiten, die der Londoner Konferenz überreicht werden soll. Der in einer Sondermission in London weilende Reichs Pascha sei dringend nach Konstantinopel zurückberufen worden und hätte alsbald eine lange Besprechung mit dem Großwesir gehabt, der gestern vom Sultan empfangen wurde. Dieser Tatsache werde große Bedeutung beigegeben.

ein neues Sinken der Preisoeffizienten für den Lebensmittelbedarf um 5 bis 10 Proz.

Keine Mobilisierung der belgischen Truppen in Eupen und Malmedy.

Brüssel, 5. Februar. Der Minister für nationale Verteidigung läßt amtlich erklären, daß die Gerüchte über eine Mobilisierung der belgischen Truppen in den Kreisen Eupen und Malmedy, die sich auf die gesamten alliierten Truppen im besetzten Gebiet ausdehnen soll, vollkommen unbegründet seien.

Die italienische Presse und die Pariser Beschlüsse.

Rom, 5. Februar. Wegen die Pariser Konferenzbeschlüsse lauchen in der italienischen Presse immer mehr Bedenken auf. Besonders lebhaftes Bedenken ruft dort die Ausfuhrabgabe hervor, die zwar zu einem guten Schatz der englischen und französischen Industrie zu werden verspricht, für die industriell weniger stark entwickelten und daher mehr von der Einfuhr abhängigen Länder, darunter vornehmlich Italien aber recht unannehmable Folgen haben kann. Deutschland, sagt man, werde notgedrungen seine Preise um die Abgabe erhöhen müssen und Italien mit seinem großen Bedarf deutscher Produkte werde infolgedessen einen beträchtlichen Teil der Abgabe zu tragen haben, die dann zu Reuegezeiten, in den Taschen der großen Verbündeten endeten. „Corriere della Sera“, „Tribuna“, „Popolo Romano“, „Messaggero“ und „Idea Nazionale“ machen einstimmig auf diese recht bedenkliche neue Pariser Erzeugnisse aufmerksam. Die italienische Presse ist im übrigen der Anschauung, daß die Pariser Konferenzbeschlüsse nicht endgültig seien, wenn man überhaupt die Absicht habe, endlich einmal zu einem geordneten Friedenszustand zu gelangen.

Explosionsunglück.

Kriens, 5. Februar. Bei einer Verladung von Geschossen wurden in Rouzpos 7 Feuerwecker durch Explosion eines Geschosses getötet.

Auswandererfragen.

Von unserem Berliner x-Mitarbeiter.

Berlin, 4. Februar
Von deutschen Auswanderern nach Südamerika sind hier einige bemerkenswerte Briefe eingetroffen, die sich mit der Lage der Deutschen in den südamerikanischen Republiken beschäftigen. Ein Brief aus Cucuta in Columbien betrachtet vornehmlich die falschen Behauptungen, die der deutsche Hauptmann Burdhardt in einer Schrift über Columbien aufgestellt hat. Diese Schrift befindet sich in den Händen sehr vieler Auswanderer und ist geeignet, ganz falsche Voraussetzungen zu erwecken. In diesem Briefe heißt es u. a.: „Die Bemerkung Burdhardts, daß Columbien nach deutschen Waren hungere (Seite 10), trifft in keiner Weise zu, im Gegenteil, Columbien ist überschwemmt von amerikanischen Artikeln und ist bis auf ganz wenige Spezialartikel (Photoapparate, Ferngläser, optische Artikel und Drogen) in nichts mehr ausnahmefähig. In Textilwaren ganz besonders, dann aber auch in Werkzeugen, Schloßern, Geschirre usw. ist Deutschland in Columbien zurzeit in keiner Weise konkurrenzfähig. Zudem steht das Land in einer Krise, die sehr schwer aus dem gesamten Wirtschaftslieben lastet. Das Hauptausfuhrprodukt, der Kaffee, ist von 25 Doll. auf 9 Doll. für den Sack gefallen. Dieser Preissturz hat nicht nur die Spekulanten ins Verderben gestürzt, sondern hat auch die Ausfuhr so sehr paralytisiert, daß der amerikanische Dollar von 94 auf 133 Proz. gestiegen ist. Die auf Seite 9 der Schrift Burdhardts verheißene Kanalisierung der Magdalena-Mündung ist ein frommer Wunsch. Die von der Firma Berger gemachten Voranschläge sind wegen der inzwischen teurer gewordenen Materialien zurückgezogen worden. Die geographischen Mitteilungen auf Seite 17 bis 18 stimmen nicht. Santander hat mit „positiver Unwahrscheinlichkeit“ nicht das geringste zu tun, dieses wichtige Departement liegt im Nordosten Columbians. Ebenowenig liegt Tohina am Atlantik — der ja überhaupt nicht bis Columbien reicht. Die Durchschnittstemperatur beträgt nicht 75 Grad Celsius (Seite 21), sondern etwa 27 Grad. Die Angaben über die Hauptkultur des Kaffees sind fast sämtlich unrichtig. Von Kaffeekultur im Tieflande habe ich nicht gehört; daß in höheren Lagen Schatten nicht nötig ist, stimmt auch nicht. Zudem ist die Sierra Nevada so zerklüftet und so steil abfallend, daß die Empfehlung als Kaffeeanbau reichlich gefährlich ist. Ich kann die Bedenken Burdhardts (Seite 41 bis 42) nicht teilen, wenn er vor einer großen Einwanderung warnt, wenn ich auch zugeben muß, daß die Zeit hierfür noch verfrüht ist. Aber es gibt riesige Landflächen in gesunder Lage, wo ein Deutscher, der selbst mitarbeitet, auch mit wenig Kapital zu etwas kommen kann. Für frühere deutsche Kolonialpflanzer, die einen Pflanzbetrieb einrichten wollen, wie wir es in den Kolonien gewohnt waren, sind mindestens 300 000 Mark notwendig. Ich kann nur dringend abtaten, ohne diese Mittel als Pflanzler hierher zu kommen.

Ein praktischer Arzt aus Berlin, der sich in Hammonia-Blumenau im Staate Santa Catharina in Brasilien niedergelassen hat, schreibt: „Der Neudeutsche, wie alle nach dem Kriege eingewanderten Deutschen genannt werden, ist hier nicht gern gesehen. Das liegt meines Erachtens daran, daß viele von diesen so großmäulig auftreten und sich als Großgrundbesitzer aufspielen. Glücke haben sich auch nicht entbidet, hier Pferde zu stehen, worauf an manchen Orten hier zu Lande der Lob steht. Andere haben in Fabriksbetrieben einen allgemeinen Streik inszeniert, nachdem sie kaum 14 Tage gearbeitet hatten, und sind von den anderen Arbeitern hinausgeworfen worden. Die Abneigung gegen betätigte kommunistisch infizierte Elemente in einem Lande, das von sozialrevolutionären Ideen verschont bleiben möchte, ist nur allzu verständlich. Nur äußerst tüchtige und fleißige Menschen können es hier zu etwas bringen, kein Auswanderer soll hierher kommen, der nicht aber mehrere tausend Mark verfügt. Großhändler warne ich vor der Einwanderung, ein Landmann findet dagegen hier schnell befriedigende Beschäftigung. Die Witmenschen sind hier noch zufrieden und freundlich und ich habe hier eine zweite liebe Heimat gefunden.“

Im Zusammenhang mit diesen Ausführungen seien die folgenden Mitteilungen wiedergegeben,